



Art. 95 UN-Charta

GdM
Gerichthof der Menschen
Netzwerk Menschenrecht

GdM - Pflichtgerichtshof

öffentlich-vorstaatliches Gericht
im originär-prärogativen Naturrecht
analog Präambel, Art. 1-19 GR
für Pflichtart. 24 (2-3), 25, 73 (3), 95, 137 GG

Gerichthof der Menschen
(Art. 73 UN-Charta zu Art. 149 GA IV)

**Balexert Tower, 18, Avenue Louis-Casaï,
[CH-1209] GENEVA**

Telefon: +49 (0)41 41 / 8609142
Telefax: +49 (0)41 41 / 8609143

GdM **Balexert Tower, 18, Avenue Louis-Casaï, [CH-1209] GENEVA**

RD 20200611-GdM-001-1 > [DE-10557] BP - Outbreak“ VERFÜGUNG 20200610

Frank-Walter STEINMEIER als Bundespräsident
c/o Bundespräsidialamt
Spreeweg 1

[DE-10557] BERLIN

11.06.2020 n. Chr.

Telefon: +49 (0)30 2000-0 Fax: +49 (0)30 1810200-1999 E-Mail: bundespraesidialamt@bpra.bund.de

Rechtdurchsetzung mit einstweiliger Verfügung - Lockdown:
RD 20200611-GdM-001-1 > [DE-10557] BP - Outbreak“ VERFÜGUNG 20200610

Der Gerichthof im Zivilschutz stellt die Schiedsrichter gemäß Art. 149 genfer Abkommen IV – SR 0.518.51 im Vollzug des zwingenden Völkerrechtes gemäß Art. 95 UN-Charta, Art. 24 (4), 25, 95 GG zur Verfügung. Die Feststellung obliegt dem Schiedsgericht, das unter allen Umständen (insbesondere im Fall von COVID-19) von den anderen Mächten der Staaten einzuhalten und die Einhaltung durchzusetzen ist.

Die zwingende Feststellung im Zivilschutz kann in der Staatenverantwortlichkeit mit der Verfassungsbeschwerde nicht angefochten werden und geht unbestreitbar und unanfechtbar einfach mit Verfassungsvorrang in Art. 24 (3), 25, 95 GG den Bundes- und Landesgesetzen obligatorisch voraus. Der völkerrechtlich vorrangige Rechtsstatus des Schiedsrichters ist im Europarat in ECHR 75529/01 abschließend festgestellt und von allen 47 Mitgliedsstaaten akzeptiert worden.

Alle Ausnahmetatbestände mit dem CORONA-Virus (COVID-19) sind in allen Unterzeichnerstaaten der genfer Abkommen mit Eingangsdatum per Fax, Mail oder Brief aufgehoben. Die Ausnahmetatbestände sind rückwirkend im Völkerstrafrecht als psychologische Kriegsführung zu ermitteln, zu verfolgen und zu ahnden. Der Europarat ist an die „**Outbreak“ VERFÜGUNG** gebunden, da die Mitgliedsstaaten im Recht der Verträge – SR 0.111 dem genfer Abkommen IV – SR 0.518.51 verpflichtend und zwingend unterliegen.

Die einstweilige Verfügung ergeht ohne weitere Anhörung von staatlichen Stellen, da sie für die Öffentlichkeit nicht erreichbar sind. Jede staatliche Stelle fühlt sich unzuständig oder bricht die Anfragen ohne Aussicht auf Aufklärung ab (Rechtschutzmittelbelehrung beachten).

GdM - Balexert Tower, 18, Avenue Louis-Casaï, [CH-1209] GENEVA

Bundesrepublik – Grundlagen StGBI. Nr. 139/1918 vom 19.12.1918
Regulierungsakt HK vom 05.10.1961, WüD vom 18/24.04.1961

Beweisurkunden: Landesnotar Johst Matthies, Tostedt, Urkunde 113/2009 IZMR, Landgericht STADE, Apostille 9191 a 85 – 15 /2014
Landesnotar Johst Matthies, Tostedt, Urkunde 114/2009 – ZEB, Landgericht STADE, Apostille 9191 a 85 – 16 /2014
Landesnotar Ralf Grosser, Tostedt, Urkunde 139/2013 – GdM, Landgericht STADE, Apostille 9191 a 84 – 9 /2013

Rubrum, Rechtswahl, Gerichtstand und Strafbarkeit:

Verpflichtung und Rechtbestimmung des zwingenden Vertrages

- Art. 1, 52 genfer Abkommen I - SR 0.518.12
- Art. 1, 53 genfer Abkommen II - SR 0.518.23
- Art. 1, 11, 104, 132 genfer Abkommen III - SR 0.518.42
- Art. 1, 12, 149 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51

Die im Zusammenhang mit COVID-19 genannten Ausnahmetatbestände der biologischen und psychologischen Kriegsführung im „Lockdown“ sind mit sofortiger Verfügung im öffentlichen Recht und zwingenden Völkerrecht für die Bundesrepublik Deutschland und den Vertragsparteien aufgehoben. Jede Rechtsverletzung kann vor dem Gerichtshof geklärt und beendet werden, da die innerstaatliche Justiz weder in UN-RES 56/83 völkerrechtlich zuständig noch tatsächlich erreichbar ist.

Die CORONA-Pandemie stellt zweifellos eine ernste Bedrohung dar. Die Verantwortlichen werten den Rückgang der Infektionen als Beweis für die Richtigkeit des „Lockdowns“. Der damit angerichtete Gesamtschaden für die Menschen scheint aber dem tatsächlichen Nutzen für die Menschheit zu übersteigen. Gemäß der Historie ist der Lockdown der Pandemie von staatlichen Stellen seit langer Zeit geplant, wie die Beweisliste zeigt.

Die politisch-verantwortlichen Stellen stützen sich bei der Rechtfertigung der harten Anti-Corona-Maßnahmen auf die Zahlen gemeldeter Infektionen und Todesfälle, die nur eine geringe Aussagekraft haben. Die Testmethode (PCR-Methode) und in Folge die Testergebnisse sind unwissenschaftlich, zweifelhaft und nicht eindeutig. Der Virus wird nicht eindeutig analysiert.

Die Zahl registrierter Fälle stieg einfach aufgrund der Ausweitung der Tests (PCR-Methode) und wird andererseits ein großer Teil der Infizierten überhaupt nicht erfasst. Das Robert-Koch-Institut (RKI), das als Bundesoberbehörde für Infektionskrankheiten in Deutschland dem Bundesgesundheitsministerium untersteht-, zählt alle positiv auf Sars-Cov 2 getesteten Toten als Corona-Todesfälle, unabhängig von der tatsächlichen Todesursache. Zunehmende Todesfälle in Folge der Gegenmaßnahmen erhöhen die Statistik durch aufgeschobene Operationen und Arztbesuche, Selbstmorde und/oder verbotene Experimente.

Wesentlich für die Feststellung der „Outbreak“ VERFÜGUNG ist die einfache Tatsache:

Bei der Pandemie liegt eine schreckliche Erkrankung ohne ein Gegenmittel vor, die innerhalb weniger Tage qualvoll zum Tod des Menschen führt. Nur in diesem konkreten Fall ist eine Einschränkung von Grundrechten und Grundfreiheiten in der öffentlichen Ordnung zulässig.

Das Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz - IfSG) verlangt eine Krankheit einer Person (juristischen Person – „Name“ – BverfGE 1 BvR 1766/2015) und soll den Menschen vor der Person schützen. Der Zivilschutz im zwingenden Völkerrecht ist zuständig, weil in Folge die Grundrechte und Grundfreiheiten des Menschen eingeschränkt oder verboten werden.

Auf der Suche nach dem ursprünglichen Überträger des Virus, -dem Wirt als Überträger-, wird ein gegen das Virus imitierter und nicht simulierter Wirt vermutet, den es zur Herstellung eines Impfstoffes zu finden gilt. Es besteht aber ein Gegenmittel bei COVID-19!

Da es sich um COVID-19 handelt, sind alle COVID's 1-18 erkrankten Menschen als Wirt geeignet, ein Antivirus für die Zukunft zu entwickeln, da die Menschen nicht sterben, sondern erkranken. Außerdem können Menschen zukünftig nicht mehr erkranken, die COVID's 1-18 überlebt haben. Das Antivirus ist also nur den Menschen zu verabreichen, die nicht an COVID's 1-18 erkrankt waren, und das ist die Ausnahme.

Es ist zu vermuten, denn die Absicht steht gegen die Vermutung, daß die einfache Entwicklung des Serums mit der Behauptung einer Pandemie in Folge in der Öffentlichkeit dem Menschen und der Menschheit nur Angst und Schrecken verbreiten soll, denn die Pandemie verlangt eine einheitliche Vorgehensweise. Alle Staaten machen das was sie wollen und nicht was sie im Pandemiefall machen müssen.

Die „Outbreak“ VERFÜGUNG ist obligatorisch anzuwenden und durchzusetzen, denn die vorgetäuschte Pandemie ist eine psychologische Kriegsführung und im Völkerstrafrecht ein Verbrechen.

„Outbreak“ VERFÜGUNG:
vom 10.06.2020 n. Chr. aE.

Staatenverantwortlichkeit im zwingenden Völkerrecht für den Zivilschutz
wegen Ausfall und systematischer UN-Erreichbarkeit der staatlicher Stellen (UN-RES 56/83)

Die zwingende Verfügung wird öffentlich in leicht verständlicher Sprache schriftlich abgefaßt.

Alle Ausnahmetatbestände mit dem CORONA-Virus (COVID-19) sind in allen Unterzeichnerstaaten der genfer Abkommen aufgehoben und sind rückwirkend im Völkerstrafrecht als psychologische Kriegsführung zu ermitteln, zu verfolgen und zu ahnden.

Die im Zusammenhang genannten Ausnahmetatbestände der biologischen und psychologischen Kriegsführung mit COVID-19 sind mit sofortiger Verfügung im öffentlichen Recht und zwingenden Völkerrecht für die Bundesrepublik Deutschland und Vertragsparteien aufgehoben. Jede Rechtsverletzung kann vor dem Gerichtshof geklärt und beendet werden, da die innerstaatliche Justiz weder in UN-RES 56/83 völkerrechtlich zuständig noch tatsächlich erreichbar ist.

Problem:

Die Menschen stehen durch COVID-19 unter fiktionalem Generalverdacht von Outbreak (lautlose Killer) im Kriegszustand als entwaffnete Kriegsgefangene (§§ 8-9 BKA-Gesetz DR 310/01, Art. 122, 123 genfer Abkommen III) durch Einschränkung und/oder Verbot von Grundrechten und Grundfreiheiten zur Schaffung von Binnenflüchtlingen im Verbrechen und Aggression gegen die Menschlichkeit.

Kraft

- Mir natürlich beliehenen Rechtes im Bewußtsein vor dem Schöpfer für die Schöpfung als Recht Schaffener Mensch,
- als Professor der Akademie Menschenrecht in der systematischen Rechtsanwendung (Wer im Recht das Wissen hat und nicht Rechtswissenschaft macht, kann das Problem lösen),
- der öffentlichen Feststellung und Akzeptanz des verpflichtenden Europarates in ECHR 75529/01 für 47 Mitgliedschuldstaaten im Rechtstillstand im zwingenden Völkerrecht,
- Sonderbotschafter für die vereinten Nationen in Art. 95 UN-Charta in Verbindung mit UN-RES A/RES/217, UN-DOC 217/A-(III) für das unverletzliche, unveräußerliche sowie unveränderbare und nicht justiziable Recht des Menschen in den natürlichen Grundrechten und Grundfreiheiten im zwingenden Völkerrecht (UN-RES A-RES 66/164).

- als Leiter der unabhängigen Organisationen des Zivilschutzes im Hochkommissariat für Menschenrecht des IZMR – ICHR und ZEB – CCEC als Hochkommissar im zwingenden Völkerrecht (UN-RES A-RES 66/164).
- als Recht schaffener Richter in Fragen des Menschenrechtes gemäß Art. 142 – 149 genfer Abkommen IV – SR 0.518.51 im zwingenden Völkerrecht.
- in der öffentlichen Feststellung und Bekanntmachung für die 47 Mitgliedschuldstaaten des Europarates in Art. 6 im Recht der Verträge – SR 0.111, daß Ich nicht in die innerstaatliche Justiz hineingezogen werden darf und nach zwingendem Völkerrecht in „ordre public“ gemäß Art. 3, 32, 56 UN-RES 56/83 in Verbindung mit Art. 95 UN-Charta, Art. 149 genfer Abkommen IV – SR 0.518.51 zu entscheiden habe.
- Art. 24 (3), 25, 95 GG – Art. 142-149 genfer Abkommen IV – SR 0.518.51 Obligation

Das Verhalten einer Person oder Stelle, die kein Staatsorgan ist, die jedoch nach dem Recht des betreffenden Staates ermächtigt ist, hoheitliche Befugnisse auszuüben, ist als Handlung des Staates im Sinne des Völkerrechts zu werten, sofern die Person oder Stelle im Einzelfall in dieser Eigenschaft handelt.

- Art. 9 UN-RES 56/83 – Abwesenheit oder des Ausfalls der staatlichen Stellen,

Das Verhalten einer Person oder Personengruppe ist als Handlung eines Staates im Sinne des Völkerrechts zu werten, wenn die Person oder Personengruppe im Falle der Abwesenheit oder des Ausfalls der staatlichen Stellen faktisch hoheitliche Befugnisse ausübt und die Umstände die Ausübung dieser Befugnisse erfordern (Vergleich Art. 11-12 UN-RES 56/83).

wird die Vollstreckung der „Outbreak“ VERFÜGUNG völkerrechtlich angeordnet.

Lösung durch tatsächliche Feststellung:

Mit der Behauptung einer pandemieartigen Viruserkrankung werden die Menschen in den Staaten mit Ausnahmegesetzen massiv in den unreduzierbaren Grundrechten und Grundfreiheiten eingeschränkt und/oder verletzt.

Während die Ärzte und Institute vortäuschen ein Gegenmittel gegen ein gefährliches Virus zu suchen, um seine Verbreitung zu verhindern, versuchen bewaffnete Verbände auf politische Ausnahmeanweisungen dies zu unterbinden – schließlich ist ein Virus die perfekte Waffe der psychologischen Kriegsführung des Angst und Schrecken gegen Zivilisten.

Bei der Pandemie liegt eine schreckliche Erkrankung ohne ein Gegenmittel vor, die innerhalb weniger Tage qualvoll zum Tod führt und die Vernichtung durch einen Luftangriff mit einer Aerosol- oder Atombombe beendet werden kann (historischer Holocaust - Sodom und Gomorra, Hiroshima und Nagasaki oder Nationalsozialismus und Militarismus).

Auf der Suche nach dem ursprünglichen Überträger des Virus, dem Wirt als Überträger-, wird ein gegen das Virus imitierter und nicht simulierter Wirt vermutet, den es zur Herstellung eines Impfstoffes zu finden gilt.

Da es sich um COVID-19 handelt, sind alle COVID's 1-18 erkrankten Menschen gegenwärtig als Wirt für die Entwicklung und Schaffung eines Antivirus für die Zukunft geeignet, wenn die Menschen nicht sterben, sondern erkranken und durch einen natürlichen Antivirus genesen. Ein natürlicher Antivirus ist bereits 18 Mal vorhanden und muß für einen zukünftigen Impfstoff isoliert werden.

Es ist zu vermuten, denn die Absicht steht gegen die Vermutung, daß die einfache Entwicklung des Serums mit der Behauptung einer Pandemie in Folge nur Angst und Schrecken verbreiten soll, denn die Pandemie verlangt eine einheitliche Vorgehensweise. Alle Staaten machen das was sie wollen und nicht was sie im Pandemiefall machen müssen.

Die scheinschwangere Pandemie wird zu politisch-polizeilichen durch gesetzlich-gewaltsamen Zwecken der sektenartigen Ideologien mißbraucht, die zu schweren materiellen und in Folge zu immateriellen Schäden bei den Menschen führen, um die Staaten privatvertraglich gegen die öffentliche Ordnung aufzulösen. Der Glaube der Menschen an die Gerechtigkeit soll staatlich verbrannt werden.

Gemäß Staatenverantwortlichkeit für die Treuhand- und Eidesverwaltungen (Art. 73 UN-Charta, Art. 24 (3), 25, 95 GG), wird der zwingende Zivilschutz nicht eingehalten und die Einhaltung nicht durchgesetzt. Die zwingenden Verträge des Völkerrechts sind unter allen Umständen einzuhalten und die Einhaltung durchzusetzen (Art. 1 der genfer Abkommen I-IV – pacta sunt servanda).

zwingenden Rechtsvorschriften

Art. 95 UN-Charta, Art. 1, 142-149 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51,
UN-RES 45/120, UN-RES 53/144 oder EU-RES 2009/ C-303/06

Ziel: Verbreitung von gewaltsamer Angst und gewaltsamen Schrecken gegen die Aufklärung:

- Art. 47 genfer Abkommen I - SR 0.518.12
- Art. 48 genfer Abkommen II - SR 0.518.23
- Art. 127 genfer Abkommen III - SR 0.518.42
- Art. 144 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51

Das zwingende Völkerrecht ist als einfaches Bundesrecht einzuhalten und durchzusetzen, da es mit der Verfassungsbeschwerde, -anders als Gesetze für die Bundesrepublik Deutschland-, nicht mit der Verfassungsbeschwerde weder angefochten noch geprüft werden darf und kann.

Die Beurteilung der Handlung eines Staates als völkerrechtswidrig bestimmt sich in Art. 3, 32, 56 UN-RES 56/83, Art. 6, 38-42 EGBGB (ordre public) nach dem Völkerrecht. Diese Beurteilung bleibt davon unberührt, daß die gleiche Handlung nach innerstaatlichem Gesetz als rechtmäßig beurteilt wird. Es besteht im Völkerrecht die Unerheblichkeit der innerstaatlichen Gesetze. Staaten können sich nicht auf das innerstaatliche Gesetz berufen, um die Nichterfüllung der obliegenden Verpflichtungen der Staatenverantwortlichkeit zu rechtfertigen (Vergleich: Art. 148 genfer Abkommen IV – SR 0.518.51 in Verbindung mit Art. 24(3), 25, 95 GG, Art. 73, 95 UN-RES, Art. 3, 32, 56 UN-RES 56/83, Art. 6, 38-42 EGBGB für die öffentliche Ordnung im Recht).

Eine verpflichtete Vertragspartei kann weder sich selbst noch eine andere Vertragsschuldpartei von den Verantwortlichkeiten befreien, die ihr selbst oder einer andern Vertragspartei auf Grund der im vorhergehenden Artikel erwähnten Verletzungen zufallen.

Soweit Fragen der Verantwortlichkeit eines Staates für eine völkerrechtswidrige Handlung durch diese Artikel nicht geregelt sind, unterliegen sie im Vollzug weiterhin salvatorisch den anwendbaren Regeln des zwingenden Völkerrechtes in Art. 142-149 Genfer Abkommen IV – SR 0.518.51. Für den zwingenden Vollzug des Abkommens werden die Organisationen von Menschenrechtskommissaren, Menschenrechtsbeiständen und Menschenrechtsverteidigern in der Regel und Realität be- und verhindert, um die zwingenden Tätigkeiten praktisch zu stören und zu sabotieren. Ausnahmslos in der Regel ist im zwingenden Völkerrecht bestimmt:

„... den Organisationen, Hilfsgesellschaften oder jeder andern, den geschützten Personen Hilfe bringenden Körperschaften die beste Aufnahme gewähren. Sie sollen ihnen wie auch ihren gebührend akkreditierten Delegierten alle notwendigen Erleichterungen gewähren, damit sie die geschützten Personen besuchen, Hilfssendungen und für Erziehungs-, Erholungs- oder Religionszwecke dienende Gegenstände irgendwelcher Herkunft an sie verteilen oder ihnen bei der Gestaltung der Freizeit innerhalb der Internierungsorte helfen können. Die genannten Gesellschaften oder Organisationen können auf dem Gebiete des Gewahrsamsstaates oder in einem andern Land gegründet werden oder aber internationalen Charakter haben.

Der Gewahrsamsstaat kann die Anzahl der Gesellschaften und Organisationen, deren Delegierte ermächtigt sind, ihre Tätigkeit auf seinem Gebiet und unter seiner Aufsicht auszuüben, begrenzen; durch eine solche Begrenzung darf jedoch die wirksame und ausreichende Hilfeleistung an alle geschützten Personen nicht behindert werden“.

Das rote Kreuz ist nicht der Zivilschutz, weil das rote Kreuz die Aufgaben des Zivilschutzes nicht angenommen hat und nicht erfüllt. Die Aufgaben des Zivilschutzes sind im Völkerstrafrecht genannt, wozu auch die psychologische Kriegsführung dazugehört.

„...Als schwere Verletzungen gelten jene, die die eine oder andere der folgenden Handlungen umfassen, sofern sie gegen Personen oder Güter begangen werden, die durch das vorliegende Abkommen geschützt sind: vorsätzlicher Mord, Folterung oder unmenschliche Behandlung, einschließlich biologischer Experimente, vorsätzliche Verursachung großer Leiden oder schwere Beeinträchtigung der körperlichen Integrität der Gesundheit, ungesetzliche Deportation oder Versetzung, ungesetzliche Gefangenhaltung, Nötigung einer geschützten Person zur Dienstleistung in den bewaffneten Kräften der feindlichen Macht oder Entzug ihres Anrechts auf ein ordentliches und unparteiisches, den Vorschriften des vorliegenden Abkommens entsprechendes Gerichtsverfahren, das Nehmen von Geiseln sowie Zerstörung und Aneignung von Gut, die nicht durch militärische Erfordernisse gerechtfertigt sind und in großem Ausmaß auf unerlaubte und willkürliche Weise vorgenommen werden.

Die Vertreter oder Delegierten der Schutzmächte sind ermächtigt, sich an alle Orte zu begeben, wo sich geschützte Personen befinden, namentlich an alle Internierungs-, Gefangenhaltungs- und Arbeitsorte. Sie sollen zu allen von geschützten Personen benützten Räumlichkeiten Zutritt haben und sich mit ihnen ohne Zeugen, wenn nötig durch Vermittlung eines Dolmetschers, unterhalten können. Diese Besuche dürfen nur aus zwingenden militärischen Gründen und bloss ausnahmsweise und vorübergehend untersagt werden. Ihre Häufigkeit und Dauer dürfen nicht begrenzt werden. Den Vertretern und Delegierten der Schutzmächte ist betreffend die Wahl der Orte, die sie zu besuchen wünschen, jede Freiheit zu lassen“.

Objektivität des Tatbestandes
im zwingendem Völkerrecht vor Bundes- und Landesgesetzen:

Das zwingende Völkerrecht ist insbesondere unter der Behauptung oder Verdacht des COVID-19 unter allen Umständen einzuhalten und seine Einhaltung bei Treuhand- und Eidesbruch durchzusetzen. „...*Mitglieder der vereinten Nationen, welche die Verantwortung für die Verwaltung von Hoheitsgebieten haben oder übernehmen, deren Völker noch nicht die volle Selbstregierung erreicht haben, bekennen sich zu dem Grundsatz, daß die Interessen der Einwohner dieser Hoheitsgebiete Vorrang haben; sie übernehmen als heiligen Auftrag die Verpflichtung, im Rahmen des durch diese Charta errichteten Systems des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit das Wohl dieser Einwohner aufs äußerste zu fördern; zu diesem Zweck verpflichten sie sich...*“ im Recht der Verträge.

Aus diesem Grund kann sich niemand und kein Staat auf ein Recht berufen, was er nicht hat und nicht besitzt (BVerfGE 1 BvR 1766/2015). Ein Staat ist weder Grundrecht berechtigt noch Grundrecht befugt, sondern Grundrecht verpflichtet. Staaten können und dürfen keine Grundrechte einschränken oder Verbieten. Die Bundesrepublik Deutschland ist als Feindstaat zwingend verpflichtet, das Völkerrecht einzuhalten und unter allen Umständen durchzusetzen. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich in Art. 144 genfer Abkommen IV – SR 0.518.51 als

„...Vertragspartei verpflichtet in Friedens- und in Kriegszeiten den Wortlaut des vorliegenden Abkommens in ihren Ländern im weitestmöglichen Ausmaß zu verbreiten und insbesondere sein Studium in die militärischen und wenn möglich zivilen Ausbildungsprogramme aufzunehmen, damit die Gesamtheit der Bevölkerung seine Grundsätze kennen lernen kann.

Die zivilen, militärischen, polizeilichen oder andern Behörden, die in Kriegszeiten eine Verantwortung in bezug auf geschützte Personen übernehmen, müssen den Wortlaut des Abkommens besitzen und über dessen Bestimmungen besonders unterrichtet werden“.

Da Art. 25 GG in der Rechtsanbindung zum Grundrecht in Art. 20 GG nicht erfolgt ist, damit die Regeln des Völkerrechtes als Bestandteil des Bundesrechtes eingehalten und die Einhaltung vor Bundes- und Landesgesetzen durchgesetzt werden kann, um Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes zu erzeugen, ist das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland nicht in Kraft und somit Legislative, Judikative und Exekutive ohne Legitimation und ohne Legalisation verfassungswidrig tätig.

Im prelateralen Völkerrecht sind zwingende Verträge einzuhalten. Verletzungen des zwingend-humanitären Völkerrechtes im Zivilschutz sind melde- und anzeigepflichtig und müssen sofort beendet werden, wenn eine positive Vertragsverletzung vorliegt. Zuständig ist gemäß Art. 95 UN-Charta, Art. 95 GG der GdM (oberstes Bundesgericht) als Schutzmacht im Zivilschutz.

**Jeder muß das zwingende Völkerrecht per Verfassungsrang vorrangig
kennen und anwenden!**

Das Zivilschutzabkommen ist in Art. 1 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 unter allen Umständen einzuhalten und seine Einhaltung durchzusetzen.

Befähigung und Ausbildung - Grundprinzipien betreffend Bedienstete in den Behörden

(Art 1, 7 (3) Grundrecht, Art. 25 GG, Art. 142-149 Genfer Abkommen IV - SR 0.518.51, UN-RES 45/120, UN-RES 53/144, EU-RES 2009/C-303/06 ...)

Erklärung über das Recht und die Verpflichtung von Einzelpersonen, Gruppen und Organen der Gesellschaft, die allgemein anerkannten Menschenrechte und Grundfreiheiten zu fördern und zu schützen

Die Staaten ergreifen alle notwendigen Maßnahmen, um sicherzustellen, daß die zuständigen Behörden jeden, einzeln wie auch in Gemeinschaft mit anderen, vor jeder Gewalt, Bedrohung, Vergeltung, tatsächlichen oder rechtlichen Diskriminierung, jedem Druck sowie vor jeglichen anderen Willkürhandlungen schützen, die eine Folge seiner rechtmäßigen Ausübung der in dieser Erklärung genannten Rechte sind.

Die erlassenen Gesetze und Ausführungsverordnungen der Bundesrepublik Deutschland sind als geplante Verbrechen gegen die Menschlichkeit und gegen den Zivilschutz im zwingend-humanitären Völkerrecht gerichtet. Die verfassungsgemäße Legitimation und Legalisation ist als Staatsfragment (Rittersturzkonferenz) gegen das Völkerrecht seit dem 12.08.1949 nicht hergestellt und umgesetzt worden. Die Völkerrechtswidrigkeit wird festgestellt.

Die haager Landkriegsordnung durch Tarnung und Täuschung gegen einzelne Zivilisten und die Zivilbevölkerung wird als ein Verbrechen im zwingenden Völkerrecht und Völkerstrafrecht angewandt, denn alle Staaten des Europarates sind verpflichtete Staaten EU-RES 2009/ C-303/06.

ACHTUNG - Folgen der Zuwiderhandlung oder bei Vertragschuldbruch:

Das Zertifikat für die notwendige und erforderliche Aufklärung und Schulung wird nur vom ZentralMeldeAmt - Genf durch die Akademie Menschenrecht herausgegeben, wenn die Seminare erfolgreich abgeschlossen wurden. Jeder Bedienstete in den Behörden muß ein Zertifikat besitzen und Auskunft über die Zertifizierung geben.

Fehlt dem einzelnen Menschen in der Bevölkerung im zwingenden Vertrag die notwendige und erforderliche Aufklärung und Schulung, so trägt der Mensch für die Person keine Verantwortung. Gesetze haben keine Bindewirkung, weder auf den Menschen noch auf die Person des Menschen, da ein außervertragliches Schuldverhältnis als positive Vertragsverletzung des Staates besteht (Art. 6 EGBGB).

Fehlt das Zertifikat und die besondere Unterrichtung im Völkerrecht, -insbesondere für die Bediensteten in den Behörden-, ist diese Feststellung melde- und anzeigepflichtig, da diese eine Grundvoraussetzung ist.

Der Staat ist der Gesellschaftsvertrag der Behörden mit den unfreiwilligen Bürgen des Vertragsstaates als Staatsbürger. Der zwingende Investitionsschutzvertrag verpflichtet (UN-RES 56/83) den Staat. Alle Staaten sind Vertragsparteien der Genfer Abkommen und ihrer Zusatzprotokolle und daher durch sie gebunden, damit das Völkerrecht angewandt werden kann. Wenn die vertraglich notwendige und erforderliche Aufklärung und Schulung fehlt, fehlt die Rechtstaatlichkeit!

Die UN-RES 45/120, UN-RES 53/144 oder EU-RES 2009/ C-303/06 entspricht Art. 144 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51, da jeder den Zivilschutz per Verfassungsrang kennen, Aufklärung, Beratung und Auskunft geben und den Zivilschutz einhalten muß (Art. 25 GG, §§ 6-15 VStGB). Die Rechtsverletzung von den Bediensteten in den Behörden kann in der Rechtsanbindung im Gegensatz zum Gesetz weder verjähren noch das Strafmaß gemäß §§ 4-5 VStGB gemindert werden.

EU-RES 2009/C-303/06, Punkt 13-14

"... Bestimmte ernste Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht gelten als Kriegsverbrechen. Kriegsverbrechen können unter den gleichen Umständen wie Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit auftreten, aber - anders als Kriegsverbrechen - müssen letztere nicht mit einem bewaffneten Konflikt einhergehen. Einzelpersonen sind für Kriegsverbrechen persönlich verantwortlich ...".

Da die Menschen nicht die erforderliche und notwendige Aufklärung und Schulung haben und/oder besitzen, werden wie dumm gehalten, um sie auf den Arm zu nehmen und in Armut zu steuern. Wer also das zwingende Völkerrecht, Sein Recht nicht kennt, hat kein Recht, denn nur Dummheit, Faulheit und Feigheit als Übel der Menschheit kann nicht wirksam organisiert werden. Aufklärung ist eine Holschuld. Das zwingende Völkerrecht ist eine Bringschuld.

Offenkundigkeit und Kriegszustand:

Es wird von Mir als Recht Schaffener Schiedsrichter gemäß zwingendem Völkerrecht im Vollzug des Abkommens im Namen und im Auftrag der Gerechtigkeit berechtigt festgestellt,

daß eine politische, gewerkschaftliche und sektenartige Idiotologienpandemie der psychologischen Kriegsführung und keine natürlich-biologische Viruspanemie vorliegt. COVID-19 ist, wenn überhaupt, eine gewöhnliche Influenza und keine Pandemie. Für Pandemieentscheidungen wäre der Zivilschutz gemäß dem zwingendem Völkerrecht zuständig und müßte vom Zivilschutz erklärt und ausgerufen werden (Art. 95 UN-Charta, Art. 24 (3), 25, 95 GG in zwingender Verbindung mit Art. 142-149 genfer Abkommen IV – SR 0.518.51).

Corona bedeutet Kriegsgefangene als Sklaven zu verkaufen und beschreibt ein Begriff des Kriegszustandes in Tarnung und Täuschung. HLKO: Kriegsführung durch Kriegslisten gegen Zivilisten sind verboten.

Corona beschreibt einen Generalverdacht im Kriegszustand von entwaffneten Kriegsgefangenen (§§ 8-9 BKA-Gesetz DR 329/10, Art. 122, 123 genfer Abkommen III) zur Schaffung von Binnenflüchtlingen. Art. 24 HLKO (haager Landkriegsordnung) wird vom BKA (Bundesverwaltung) in Drucksache 329/10 als aktive Feindstaatenklausel benutzt, um den Zivilschutz in Art. 142, 143 genfer Abkommen III – SR 0.518.42 für Kriegsgefangene zu verhindern.

"Kriegslisten und die Anwendung der notwendigen Mittel, um sich Nachrichten (§§ 8-9 BKA-Gesetz) über den Gegner und das Gelände zu verschaffen, sind (**privat und nicht öffentlich**) erlaubt“, **aber nicht gegen Zivilisten**. Die Menschen werden als unbewaffnete Kriegsgefangene durch die bewaffnete Verwaltungseinheiten gehalten und behandelt, weil in Art. 139 GG die Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus im Feindstaat nicht stattgefunden hat und nicht stattfinden soll (Art. 139, 146 GG, Art. 53, 107 UN-Charta).

Für den Vollzug von Rechtsverletzungen im Zivilschutz durch die haager Landkriegsordnung ist der Zivilschutz zuständig (Art. 154 genfer Abkommen IV – SR 0.518.51).

Die im Zusammenhang genannten Ausnahmetatbestände der biologischen und psychologischen Kriegsführung sind mit sofortiger Verfügung im öffentlichen Recht und zwingendem Völkerrecht für die Bundesrepublik Deutschland und den Vertragsparteien aufgehoben. Jede Rechtsverletzung kann und wird vor dem Gerichtshof geklärt und beendet werden, da die innerstaatliche Justiz weder in UN-RES 56/83 völkerrechtlich zuständig noch tatsächlich erreichbar ist.

Es ist offensichtlich eine geplant-inzidierte Pandemie zu zweckfremden Zwecken als Verbrechen der Aggression gegen den Menschen und der Menschheit.

Es soll und muß im Vollzug des zwingenden Völkerrecht eine Untersuchung über jede behauptete Rechtsverletzung eingeleitet werden, die im Schiedsgericht des Gerichtshofes in Genf augenblicklich zu entscheiden ist, um die Rechtsverletzung durch Restitution zur Amnestie zu beenden (Art. 149 genfer Abkommen IV – SR 0.518.51, Art. 95 UN-Charta).

Die Sprache der verkündeten Entscheidung ist gemäß Art. 53, 107 UN-Charta in Verbindung mit Verfassungsvorrang der Präambel, Art. 1 Grundrechte im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und im Überleitungsvertrag „deutsch“.

Die Corona-Action das völkerrechtliche Corona-Verbrechen dient der Verhinderung und Einschränkung des zwingenden Völkerrechtes gegen den wirksamen Vollzug des Zivilschutzes gegen Menschenrechtler, Menschenrechtverteidiger und Menschenrechtsbeistände durch Ausnahmestände (Art. 1, 9-12, 132, 140, 142-149 genfer Abkommen IV – SR 0.518.51 in Verbindung mit dem Völkerstrafrecht [VStGB], UN-RES A-RES 66/164, UN-RES A/RES/217, UN-DOC 217/A-(III) und soll mit dem Zehnjahresplan 02./03.10.1990 abgeschlossen werden, so der Plan, denn ein Friedensvertrag ist nicht vorgesehen (pariser Verträge).

Die pariser Verträge sind international-private Vertragswerke, dessen bedeutendster Teil der Deutschlandvertrag ist. Sie sollen das Besatzungsregime beenden und sind zwingendes Völkerrecht. Menschenrechtverletzungen sind Kriegs- und Kriegsfolgeschäden. Die Regeln für Binnenflüchtlinge sowie Opfer von Gewalt in UN-DOC E/CN.4/2000/62, UN-RES A-RES 66/165 und E/CN.4/1998/53/Add.2 sind zwingend einzuhalten, anzuwenden und durchzusetzen.

Da die Aufklärung des zwingenden Zivilschutzes in den Unterzeichnerstaaten nicht eingehalten und durchgesetzt worden ist, können die schutzbedürftigen Menschen (Art. 142, 143 genfer Abkommen IV – SR 0.518.42) nicht in den Zivilschutz aufgenommen werden (Art. 132, 140, 142-149 genfer Abkommen IV – SR 0.518.51).

Ein Generalverdacht im Kriegszustand von entwaffneten Kriegsgefangenen (§§ 8-9 BKA-Gesetz DR 329/10, Art. 122, 123 genfer Abkommen III) ist zur Erzeugung und Schaffung von Binnenflüchtlingen ein Verbrechen. Art. 24 HLKO (haager Landkriegsordnung) wird vom BKA (Bundesverwaltung) in Drucksache 329/10 als aktive Feindstaatenklausel benutzt. "Kriegslisten und die Anwendung der notwendigen Mittel, um sich Nachrichten über den Gegner und das Gelände zu verschaffen, sind erlaubt". Die Menschen werden als Kriegsgefangene durch die bewaffnete Verwaltung gehalten und behandelt (Rheinwiesenslager).

Rechtsmittelschutzbelehrung:

Jeder Mensch, der glaubt in Seinem Recht verletzt wird oder verletzt worden zu sein, kann gemäß Art. 149 genfer Abkommen IV – SR 0.518.51 vor dem Gerichtshof des Zivilschutzes eine Klärung und Restitution zur Amnestie verpflichtend beanspruchen.

anzuwendende Hinweise:

UN-RES A/RES/217, UN-DOC. 217/A-(III)
 UN-RES 56/83 Staatenverantwortlichkeit
 Art.73 in Verbindung mit Art. 53, 107 UN-Charta – Verwaltung und Feindstaat
 UN-RES 43/225
 UN-DOC A/C.5/43/18
 UN-RES A/66/462/Add.2
 UN-A/RES/53/144
 UN-A/RES/53/625/Add. 2,
 UN-DOC A/C.5/43/18 ve UN/RES 66/164
 in Verbindung mit Art. 95 UN-Charta,
 Art. 1, 142, 144 genfer Abkommen IV – SR 0.518.51 - EU-RES 2009-C303-06
 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 – Zivilschutz
 in Verbindung mit Art. 146-149 genfer Abkommen IV – SR 0.518.51
 in Zuständigkeit des Völkerstrafrechtes
 VStGB – Völkerstrafgesetz

UN-RES A-RES 66/164 -
 Menschenrechtskommissare, Menschenrechtverteidiger, Menschenrechtbeistände

UN-DOC E/CN.4/2000/62 -
 Recht der Opfer schwerer Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten auf
 Restitution, Entschädigung und Rehabilitation

UN-RES A-RES 66/165 und E/CN.4/1998/53/Add.2 - Binnenflüchtlinge



Ich, 10.06.2020 n. Chr. aE.

Mustafa-Selim Sürmeli

Prof. ultra vires in ordre public des ius gentium, Mustafa-Selim SÜRMELI
 Rechtstitelträger ECHR 75529/012, Art. 53, 59 EMRK, Art. 24 (3), 25 GG
 Akademie Menschenrecht - nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur - 24-71109/2 - 4/15
 gemäß Art. 19 (3) Grundrecht, Art. 1-2 ÜLV, BVerfGE 1 BvR 1766/2015

Rechtsschutzmittelbelehrung

Feststellung / Entscheidung / Verfügung oder Beschluß
im vorstaatlichen Naturrecht in Rechtenbindung des Völkerrecht
vor Bundes- und Landesgesetzen

Die Feststellung / Entscheidung / Verfügung oder der Beschluß kann mit der (sofortigen) Beschwerde oder Ein- oder Widerspruch nur dann angefochten werden, wenn sie tatsächlich objektiv falsch ist. Sie ist nur zu Recht innerhalb einer Notfrist von drei Wochen (21 Tage) beim Gerichtshof der Menschen [GdM] ohne Rechtsmißbrauch einzulegen oder Klage zu erheben, wenn die Personen zur Klage berechtigt sind. Ein Verband juristischer Personen ohne Grundrecht ist nicht

grundbuch-, recht-, geschäft-, handlung-, delikt-, insolvenz-, vertrag - oder prozeßfähig, sondern nur schuldhaft und schuldfähig in der Obligation,

denn für juristische Personen des öffentlichen Recht gelten die Grundrechte grundsätzlich nicht.

Die Frist beginnt mit der Zustellung der Feststellung / Entscheidung / Verfügung oder des Beschlusses. Beschwerde- oder Ein- oder Widerspruchsberechtigt ist, wer durch diese(n) Feststellung / Entscheidung / Beschluß / Verfügung in seinem Recht beeinträchtigt ist. Dieses setzt keine Bindewirkung, keine Fristen, kein Versäumnis des Vollzugs und Vollstreckungen der Feststellung / Entscheidung / Verfügung oder des Beschlusses aus.

Die Beschwerde oder der Ein- oder Widerspruch wird durch Einreichung einer Schrift eingelegt, wobei es für die Einhaltung der Frist auf den Eingang beim Gerichtshof der Menschen [GdM] ankommt. Mit der sofortigen Beschwerde oder Ein- oder Widerspruch kann in einer Notlage ein einstweiliger Rechtsschutz geboten sein und ist binnen einer Woche (7 Tage) beim Gerichtshof der Menschen ohne Rechtsmittelmisbrauch einzulegen.

Sie ist vom Beschwerde- oder Ein- oder Widerspruchsbeschwerdeführer oder seinem Bevollmächtigten zu unterzeichnen und beim

Gerichtshof der Menschen [GdM] - Court of the Human Beings [CHB]

**GdM Balxert Tower, 18, Avenue Louis-Casaï [CH-1209] GENÈVE - CH
oder**

CHB Capitol Hill - 20 F Street, 7th Floor [DC-20001] WASHINGTON D.C. - USA

ohne Rechtsmißbrauch einzulegen. Die Beschwerde oder der Ein- oder Widerspruch sowie Klage muß die Rechtdurchsetzung der/des angefochtenen Feststellung / Entscheidung / Beschluß / Verfügung zitieren sowie die Erklärung enthalten, daß Rechtsschutzmittel gegen diese(n) Feststellung / Entscheidung / Beschluß / Verfügung eingelegt wird und der Rechtsschutz zu benennen, zu begründen und glaubhaft zu machen ist.

Soll die Feststellung / Entscheidung / Verfügung oder der Beschluß nur zum Teil angefochten werden, so ist der Umfang der Beschwerde oder des Ein- oder Widerspruchs zu benennen, zu begründen und glaubhaft zu machen.

zwingendes Obligationsgericht - Prävention und Restitution zur Amnestie

Art. 24 (3), 25, 95 GG, Art. 95 UN-Charta, Art. 149 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51

Gemäß Art. 24 (3) Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, -C.H. BECK Kommentar Jarass / PIEROTH zu IV. Schiedsgerichtsbarkeit (Abs. 3)-, ist das oberste Bundesgericht als Obligationsgericht per Verfassungsgrang zwingend zuständig.

In Art. 24 (3) GG wird das oberste Bundesgericht in Art. 95 GG und Art. 95 UN-Charta bestimmt. "... Diese Charta schließt nicht aus, daß Mitglieder der Vereinten Nationen auf Grund bestehender oder künftiger Abkommen die Beilegung ihrer Streitigkeiten anderen Gerichten zuweisen..."

Das obligatorische Schiedsgericht wird vertraglich bindend und verpflichtend in Art. 149 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 benannt und im zwingenden Völkerrecht vorausgesetzt. Das oberste Bundesgericht, -als obligatorisches Schiedsgericht-, ist

- 1. öffentlich durch Beitritt der Staaten in das Abkommen verpflichtet,**
- 2. umfassend in der Prävention und in der Restitution zur Amnestie gebunden sowie**
- 3. obligatorisch ohne Zustimmung des beklagten Staates von Amts wegen tätig.**

Die obligatorische Feststellung ist augenblicklich sofort vollstreckbar zu richten (ad-hoc), so in Art. 1, 149 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51, denn die Staaten haben sich verpflichtet,

"... das vorliegende Abkommen unter allen Umständen einzuhalten und seine Einhaltung durchzusetzen... Sobald die Verletzung festgestellt ist, sollen ihr die am Konflikt beteiligten Parteien ein Ende setzen und sie so rasch als möglich ahnden..."

Die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit setzt eine Obligation voraus, wenn der Mensch als Hoheitsberechtigter in einem Verwaltungsakt gebeugt und/oder verletzt wird. Der Verstoß gegen das zwingende Völkerrecht in der öffentlichen Verfassungordnung (Art. 6 EGBGB) führt zur Obligation im außervertraglichen Schuldverhältnis (Art. 38-42 EGBGB).

Ein Staat entsteht als juristische Person nur durch einen Verpflichtungsschuldvertrag (Art. 6 Recht der Verträge - SR 0.111) und kann nur durch eine Obligation salvatorisch im außervertraglichen Schuldverhältnis obligatorisch dienstbar gemacht oder liquidiert werden.

Für Verletzungen des zwingenden Völkerrechts, für Menschenrecht oder Grundrechte- sowie Grundfreiheitenverletzung besitzen die Bediensteten in den Behörden oder Regierung keine Erlaubnis. Der Staat haftet vertraglich für die Rechtsverletzungen der Bediensteten in den Behörden und Regierung und der Staat muß gegen den Verursacher der Tat vorgehen. Einzelpersonen in den Behörden und Regierung sind für die Verletzungen verantwortlich.

Gemäß Art. 95 UN-Charta, Art. 24 (3), 25 GG, Art. 149 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 ist das obligatorische Schiedsgericht zuständig, da Völkerrecht vor Bundes- und Landesgesetzen in verfassungsrechtlichen Grundrechten anzuwenden ist. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich dem Abkommen im Zivilschutz unterworfen.

Die Staatenverantwortlichkeit für völkerrechtswidrige Handlungen gegen Art. 73 UN-Charta löst gemäß UN-RES 56/83, Art. 142-149 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51, Art. 95 UN-Charta die Prävention und Restitution zur Amnestie aus.

- **Präventionsanzeige (Strafverfolgung), um**
 - 1. den Verantwortlichen für sein Verhalten zu bestrafen (Repression),**
 - 2. ihn davon abzuhalten, erneut dieses rechtswidrige Verhalten fort zu setzen (Spezialprävention) und**
 - 3. auch andere davon abzuhalten (Generalprävention).**
- **Restitutionsanzeige (Haftungsanzeige) zur Amnestie, um sämtliche immateriellen und materiellen Folgen einer**
 - **unerlaubten Handlung,**
 - **einer ungerechtfertigten Bereicherung,**
 - **einer Geschäftsführung ohne Auftrag ("Negotiorum gestio") oder**
 - **eines Verschuldens bei Vertragsverhandlungen ("Culpa in contrahendo")**

als Schaden, Folgeschaden und Folgebeseitigungsschaden als Gesamtschaden in der Obligation (ROM-Statut, EGBGB) geltend zu machen.

Die zwingende Anzeige- und Meldepflicht ist an das

**Hochkommissariat für Menschenrecht im Zivilschutz des IZMR
Bielfeldtweg 26 in [DE-21682] STADE**

im Zivilschutz zu richten. Weitere ausführliche Informationen über die Folgen und Zuständigkeit bei Vertragschuldverletzungen sind im SÜRMELI - Raport 5/2019 "Zuständigkeit für den Investitionsschutz im öffentlichen Recht" beim ZentralMeldeAmt.ch zu finden.

Alle systematisch genannten Informationen sind frei zugänglich und von jedem nachzulesen.

Menschenrechtverletzungen und Opferentschädigung ist in Art. 142-149 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 (Vollzug des Zivilschutzabkommens) vertraglich geregelt und müssen nach der Feststellung augenblicklich (ad-hoc) zwingend durch Restitution obligatorisch vollzogen und beendet werden.

**Obligationen sind Schuldverschreibungen.
Obligationen werden im zwingenden Recht nicht verhandelt,
sondern augenblicklich (ad-hoc) vollstreckt!**

Alle systematisch genannten Informationen sind frei zugänglich und von jedem nachzulesen.

**Rubrum, Rechtswahl, Gerichtstand und Strafbarkeit:
Verpflichtung und Rechtbestimmung des zwingenden Vertrages**

- **Art. 1, 52 genfer Abkommen I - SR 0.518.12**
- **Art. 1, 53 genfer Abkommen II - SR 0.518.23**
- **Art. 1, 11, 104, 132 genfer Abkommen III - SR 0.518.42**
- **Art. 1, 12, 149 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51**

ACHTUNG:**Grund-Maxime des rechtlichen Gehörs:****Wer sprechen kann, sprechen darf und sprechen muß, muß sprechen!****Wer nicht sprechen kann und nicht sprechen darf, muß schweigen!**

Die Bediensteten der Verbände juristischer Personen haben es grundsätzlich zu unterlassen, das Recht des Menschen nach Lust und Laune grundsätzlich auszusetzen, da sie Grundrecht verpflichtet und nicht Grundrecht berechtigt sind (BVerfGE 1 BvR 1766/2015). Die Bediensteten können sich im Dienst (Dokument 12.1-23/17 zentrale Polizeidirektion Niedersachsen - 12. Dezernat) nicht auf ein Grundrecht berufen und haben Völkerrecht vor Bundes- und Landesgesetzen unter allen Umständen anzuwenden und die Anwendung durchzusetzen (genfer Abkommen IV - SR 0.518.51, Art. 73 UN-Charta).

Gemäß § 80 VwGO muß jeder Verwaltungsakt begründet und glaubhaft gemacht werden, auch Hausverbot und Telefonauflegen oder nicht antworten. In den Fällen, in denen die Vollziehung oder die sofortige Vollziehung im öffentlichen Interesse oder im überwiegenden Interesse eines Beteiligten von der Behörde, die den Verwaltungsakt erlassen oder über den Widerspruch zu entscheiden hat, besonders angeordnet wird, ist das besondere Interesse an der sofortigen Vollziehung des Verwaltungsakts schriftlich zu begründen. Einer besonderen Begründung bedarf es nicht, wenn die Behörde bei Gefahr im Verzug, insbesondere bei drohenden Nachteilen für Leben, Gesundheit oder Eigentum vorsorglich eine als solche bezeichnete Notstandsmaßnahme im öffentlichen Interesse trifft.

Zu beachten ist, daß verfassungsrechtliche Streitigkeiten (§ 40 VwGO) nicht erlaubt sind. Gemäß Art. 17a Grundrecht haben Bedienstete keine Meinung oder Interesse im öffentlichen Recht in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten. Damit ist § 80 VwGO unbedingt in § 40 VwGO nur im nichtverfassungsrechtlichen Tathandeln erlaubt.

Beachten sie die Obligationsregeln, da Schäden geltend gemacht werden (§ 41 ZPO).**Bitte für die Post vollständig ausschreiben:****Gerichtshof der Menschen aE.**

ständiger Gerichtshof des zwingend-humanitären Völkerrechtes
Feststellung- und Pflichtgerichtshof im Vollzug

Bielfeldtweg 26 - [DE-21682] STADE

BEWEISMITTELLISTE:

Beweis A: <https://de.wikipedia.org/wiki/COVID-19-Pandemie>

Beweis B: Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz (Drucksache 17/12051)

Im Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz (Drucksache 17/12051) zu Virus Modi-SARS, Sars Coronavirus [COV] - **siehe auch Seite 5 Punkt 2.3, Seite 57 , 60 ... der Risikoanalyse** - zugeleitet mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 21. 10.2012 gemäß § 18 Absatz 1 und 2 des Gesetzes über den Zivilschutz und die Katastrophenhilfe des Bundes an den Deutschen Bundestag 17. Wahlperiode 03. 01. 2013,

<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/17/120/1712051.pdf>

handelt es sich um ein inszeniertes Szenario einer Pandemie. Aus diesem Grund hat jedes Land ein eigenes-partielles Ausnahmegesetz und Ausführungsgesetz angewandt. Die Risikoanalyse „Pandemie durch Virus Modi-SARS“ wurde unter fachlicher Federführung des Robert Koch-Instituts und Mitwirkung weiterer Bundesbehörden durchgeführt.

Das in diesem Dokument angenommene Szenario hat erstaunliche Parallelen zum heutigen Geschehen. Wir erleben momentan, wie die vorgeschlagenen Maßnahmen durchgesetzt werden.

Aus der Risikoanalyse Seite 5 Punkt 2.3, Seite 57 , 60 ...

....das Virus beginnt im Februar in Asien, einige Wochen später tritt es in Deutschland auf . Auswirkungen auf die Volkswirtschaft katastrophal. Über den Zeitraum der ersten Welle (Tag 1 bis 411) erkrankten insgesamt 29 Millionen, im Verlauf der zweiten Welle (Tag 412 bis 692) insgesamt 23 Millionen und während der dritten Welle (Tag 693 bis 1052) insgesamt 26 Millionen Menschen in Deutschland. Für den gesamten zugrunde gelegten Zeitraum von drei Jahren ist mit mindestens 7,5 Millionen Toten als direkte Folge der Infektion zu rechnen.

Beweis C: Video zur Risikoanalyse – Prof. Walter VEITH und Petra SEDLBAUER

Corona-Krise - ein Zeichen der Zeit? # Prof. Dr. Walter Veith, Petra Sedlbauer

<https://www.youtube.com/watch?v=rqboYGG6dS4&feature=share&fbclid=IwAR3euDi5WuQQ-F4WrsYLeKDBkyzDzeyMPJmOOTd0U-DHBG4BoprIdrJUjwY>

Beweis D: Robert WIELER – Robert-Koch-Institutes

Leiter des Robert Koch Institutes Robert Wieler sagt: Es gibt eigentlich gar keinen Erreger

<https://www.youtube.com/watch?v=b0jvRRZiHU0&t=9s>

Beweis E: falsche Datenerhebungen und Test

<https://www.freiewelt.net/nachricht/naechste-falschmeldung-des-rki-aufgeflogen-10081168/>

Angeblich sollen in der Woche vom 20.04 bis 27.04.2020 über 460.000 Corona-Tests durchgeführt worden sein. Nach einem Bericht der Tagesschau, soll sich das Robert Koch Institut gleich um 120.000 Test verzählt haben.

Beweis F: Verboten: private Öffentlichkeit simuliert

Analyse des Corona-Krisenmanagements des Referats KM 4 des Bundesministerium des Innern für Bau und Heimat zeigt katastrophale Fehler auf zu Coronavirus (COVID-19) Oberregierungsrat Stephan K., bezeichnet Corona-Maßnahmen der Bundesregierung als "Fehlalarm" Stephan K. bezieht sich auf Mikrobiologe Sukharid Bhakdi, Immunologe Stefan Hockertz, etc. Analyse wurde als Privatmeinung hingestellt

<https://www.hier-luebeck.de/index.php/analyse-des-corona-krisenmanagements-des-referats-km-4-zeigt-katastrophale-fehler-auf/>

Beweis G: NETFLIX-SERIE spielte SCHON 2018 CORONAVIRUS-PANDEMIE

<https://www.tag24.de/thema/coronavirus/netflix-serie-prophezeite-schon-2018-coronavirus-pandemie-1470942>

Beweis H: ungeeignete Testverfahren – Fake – Präsident von Tansania John MAGUFULI

CORONA – Früchte, Ziegen und Vögel positiv getestet -


<https://youtu.be/EhQ8mwoD61o>

Beweis I: corona = Kriegsgefangene als Sklaven verkaufen, corona = Kriegszustand

Beweis J: historisch - Rattenfänger von Hameln



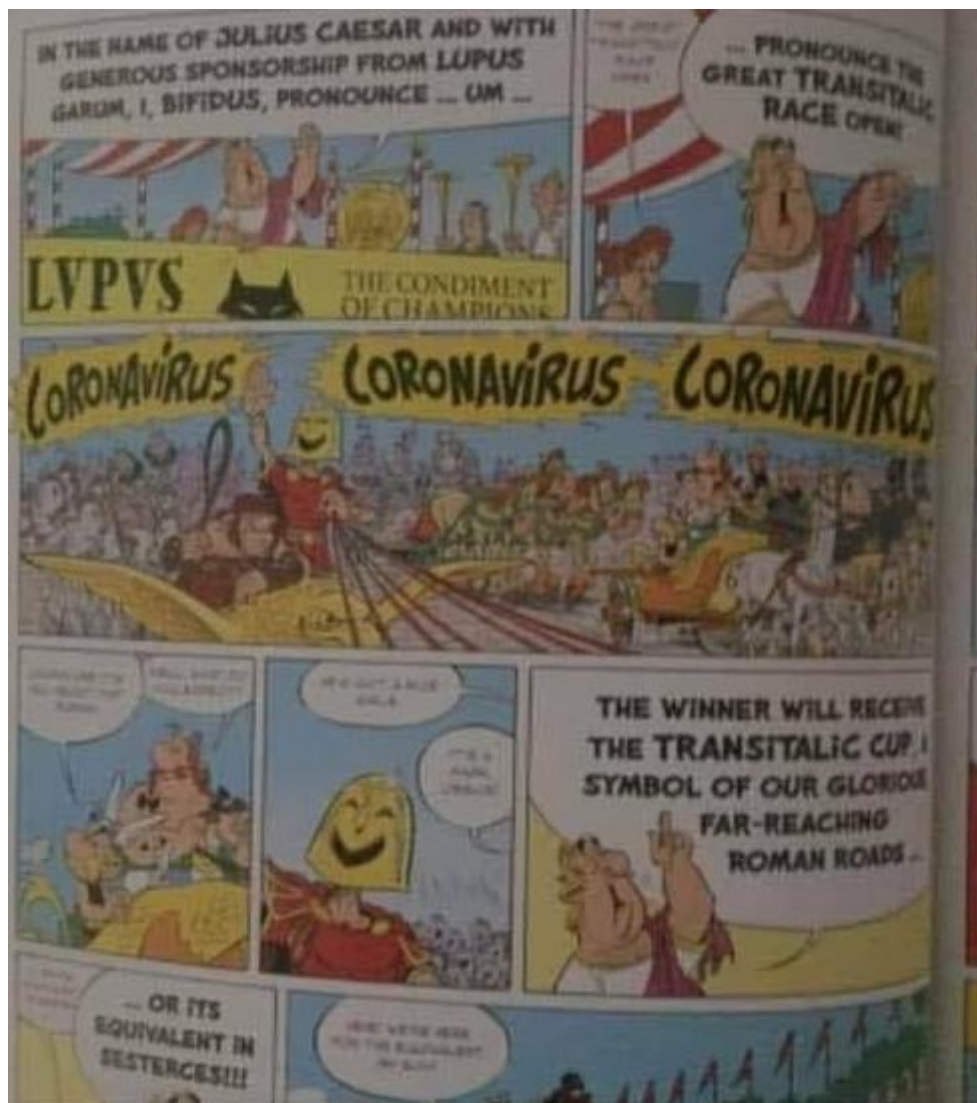
Beweis K: Marken und Patentbehörde - Christian DORSTEN – 2001

18 BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	14 Offenlegungss DE 101 50 121 A
	17 Aktenzeichen: 101 50 121.8 19 Anmeldetag: 11. 10. 2001 20 Offenlegungstag: 30. 4. 2003
DEUTSCHES PATENT- UND MARKENAMT	Drosten hat 2001 Corona erfunden.
11 Anmelder: Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin, 20359 Hamburg, DE 14 Vertreter: Uexküll & Stolberg, 22607 Hamburg 17 Erfinder: Drosten, Christian, 20535 Hamburg, DE 18 Entgegenhaltungen: US 58 91 683 A Internetdokument, Adresse www.roche-applied-science.com/pack-insert/3064760a.pdf zu: LightCycler-RNA Master SYBR Green I [recherchiert am 27.05.2002] (gutachtlich); Internetdokument, Adresse www.qiagen.com/literature/handbooks/pcr/RT_PCR_QT/1020027HB_RT-PCR 032002.pdf, zu: QuantiTect™ SYBR+ Green RT-PCR Handbook [rech. am 27.05.2002] (gutachtlich); Internetdokument, Adresse www.qiagen.com/literature/handbooks/pcr/rt/1011391_rto_499.pdf zu: Omniscript™ Reverse Transcriptase Handbook [recherchiert am 27.05.2002] (gutachtlich); Internetdokument, Adresse www.qiagen.com/literature/handbooks/pcr/rt/1011390_rto_499.pdf zu: Sensiscript™ Reverse Transcriptase Handbook [recherchiert am 27.05.2002] (gutachtlich);	Intern www. /1092 cr%20 system Super -Step 27.05 Intern www. tent.c 24948 zu: Pr RNase 27.05 Daten Use of res sults techn (Orla (Dece [rech Daten Quan me vi real-t DHAP (2002 (guta

Beweis L: Wandmalereien im DENVER AIRPORT – angekündigt
https://www.eaec-de.org/Denver_Airport.html



Beweis M: Asterix und Obelix - 1981 – Wagenlenker CORONAVIRUS – Maske tragen



Maske = Person- Narrenbekleidung

<https://de.wikipedia.org/wiki/Maske>

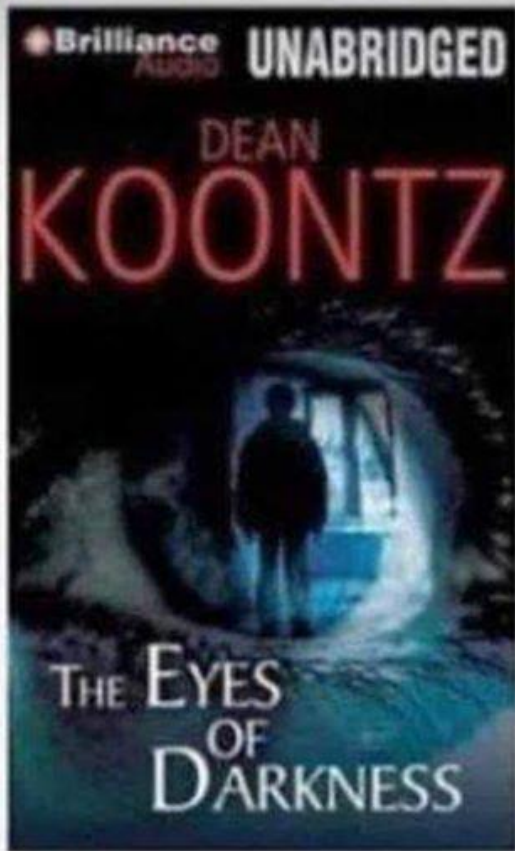
Person = Idiot

<https://de.wikipedia.org/wiki/Idiot>

Das Wort Idiot leitet sich von [altgriechisch](#) ἰδιώτης *idiotes* ab,^[1] das in etwa „Privatperson“ bedeutet.

Beweis O: Virusankündigung – 2020

Beweis P: Virusankündigung – 2020



Bereits 1981 schrieb der US-amerikanische Schriftsteller Dean Koontz unter dem Pseudonym Leigh Nichols den Roman "The Eyes of Darkness" (dt., "Die Augen der Dunkelheit", 1988). Der Roman beschreibt eine katastrophale Pandemie, erzeugt durch eine

Infektionskrankheit (virale Lungenentzündung), gegen welche die Schulmedizin machtlos ist. Und wie heißt der Virus in diesem Roman? – "Wuhan-400"! Zu Ehren der gleichnamigen Stadt in China, deren Militärlaboratorium das Virus entwickelt hat und die zum Hauptschwerpunkt der Epidemie wurde. **Die Ereignisse des Romans finden übrigens im Jahr 2020 statt.**

Beweis Q: 10 Dollar – CORONA – privat WHO Bill GATES



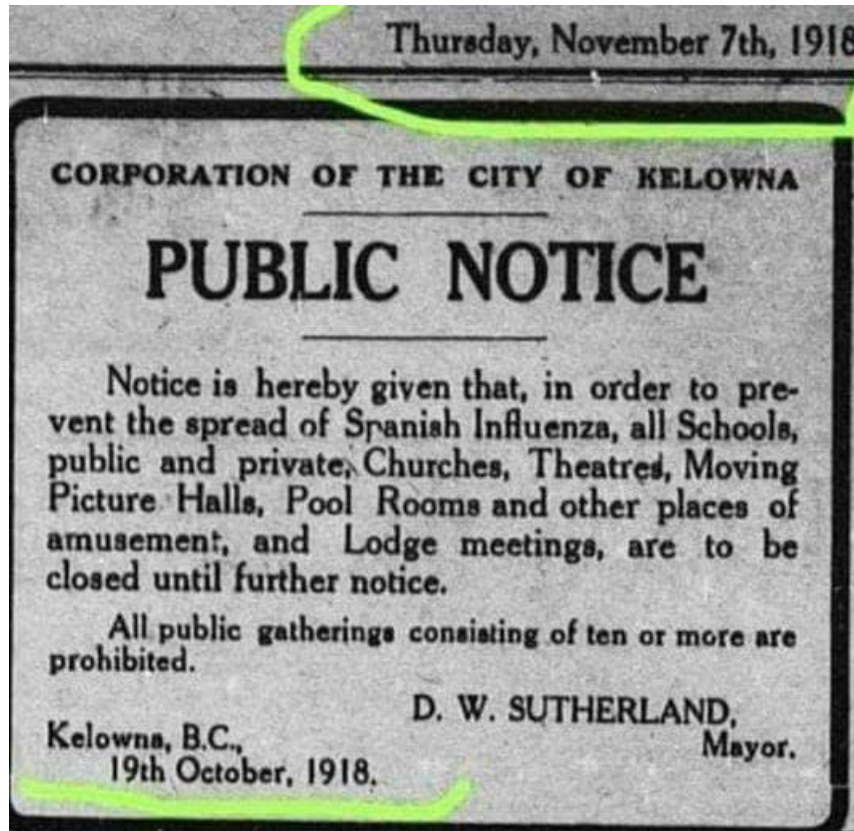
Beweis R: Simpsons sagten das Coronavirus voraus!

<https://www.heidelberg24.de/region/coronavirus-simpsons-video-tv-vorhersage-zukunft-prophezeiung-youtube-epidemie-homer-pandemie-13520586.html>



Beweis S: Öffentliche Bekanntmachung – 07.11.1918

Um die Ausbreitung der spanischen Influenza zu verhindern, wird darauf hingewiesen, dass alle Schulen, öffentlichen und privaten Kirchen, Theater, Filmhallen, Poolräume und andere Vergnügungsstätten sowie Lodge-Versammlungen bis auf weiteres geschlossen werden müssen. Alle öffentlichen Veranstaltungen, die aus zehn oder mehr Personen bestehen, sind verboten.



Beweise: XYZ

<https://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/120/1712051.pdf>

https://www.youtube.com/watch?v=p_AyuhbnPOI

<https://www.tagesschau.de/inland/coronavirus-deutschland-177.html>

<https://www.welt.de/vermischtes/article206602111/Coronavirus-Im-extremsten-Fall-koennten-Einschraenkungen-2-Jahre-dauern.html>

<https://www.heise.de/newsticker/meldung/Coronavirus-Oesterreich-und-Israel-setzen-auf-Handy-Tracking-4684339.html>

https://www.chabad.org/library/article_cdo/aid/62221/jewish/The-7-Noahide-Laws-Universal-Morality.htm

<https://www.noahide-academy.com/noahide-world/noahide-laws-recognized-by-governments/>

<https://www.congress.gov/bill/102nd-congress/house-joint-resolution/104/text/enr>

<https://de.sputniknews.com/kommentare/20200608327330920-covid-19-lockdown-analyse-teil-1/>

<https://de.sputniknews.com/politik/20200609327343107-covid-19-lockdown-analyse-teil-2/>